

## Whistleblower bleiben ungeschützt

Union stoppt Gesetz im Bundesrat

**Berlin.** Der Bundesrat hat das sogenannte Whistleblower-Gesetz gestoppt. Dieses soll Menschen, die Hinweise auf Missstände in Behörden oder Unternehmen geben, besser vor Repressalien schützen. Das im Dezember vom Bundestag beschlossene Gesetz erhielt am Freitag in der Länderkammer nicht die erforderliche Mehrheit, obwohl auch seine Kritiker das Grundanliegen teilen. Die unionsregierten Länder monierten aber, dass das Gesetz über das Ziel hinausschieße und vor allem kleine und mittlere Unternehmen finanziell und mit neuer Bürokratie belaste. Nun könnte noch im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag versucht werden, einen Kompromiss zu finden.

### EU-Vorgabe nicht eingehalten

Das Hinweisgeberschutzgesetz ist überfällig. Denn Deutschland hätte eine entsprechende EU-Richtlinie eigentlich schon im Dezember 2021 in nationales Recht umsetzen müssen. Bei einer Nichtumsetzung drohen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren und hohe Strafzahlungen. Das Gesetz regelt Meldungen zu Betrügereien, Korruption und anderen Missständen. Die Hinweise können beispielsweise Verstöße gegen Umweltschutzvorgaben oder gegen mangelnden Schutz personenbezogener Daten betreffen.

Hessens Justizminister Roman Poseck (CDU) betonte: „Wir teilen die Grundintention des Gesetzes.“ Der Schutz von Hinweisgebern müsse aber das richtige Maß haben. Aber es sei etwa die verpflichtende Einrichtung eines anonymisierten Meldekanals vorgesehen, der auch eine anonymisierte Kommunikation ermöglichen solle. DPA

### PANDEMIE

## Omikron-Variante XBB.1.5 breitet sich aus

**Berlin.** Der Anteil der Omikron-Sublinie XBB.1.5 in Deutschland ist weiter angestiegen. In der vergangenen Woche wurde die Sublinie in neun Prozent der untersuchten Stichproben nachgewiesen, wie das Robert Koch-Institut (RKI) in seinem Covid-19-Wochenbericht vom Donnerstagabend schrieb. „XBB.1.5 ist nun die am zweithäufigsten in der Stichprobe nachgewiesene Variante.“ Die Werte basieren allerdings auf geringen absoluten Zahlen, denn das vollständige Virusergut wird nur bei einem sehr kleinen Anteil positiver Proben untersucht. Es werde mit einem weiteren Anstieg der Variante gerechnet, schreibt das RKI. In den USA sei die Variante laut der dortigen Gesundheitsbehörde bereits dominant. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) weist die Variante keine Mutation auf, die für schwerere Verläufe bekannt wäre. DPA

### SPIONAGEAFFÄRE

## Bundesnachrichtendienst will Konsequenzen ziehen

**Berlin.** Der Bundesnachrichtendienst (BND) will Konsequenzen aus der Affäre um einen Mitarbeiter ziehen, der Staatsgeheimnisse an Moskau verraten haben soll. Die interne Revision des deutschen Auslandsgeheimdienstes werde laut Medienberichten relevante dienstliche Zusammenhänge überprüfen und aufarbeiten, um für die Zukunft aus dem Fall zu lernen. Man werde auch einen selbstkritischen Blick auf Elemente der Eigensicherung werfen, soll die BND-Spitze angekündigt haben. Es gehe auch um das Verhalten einzelner BND-Mitarbeiter, die vom Hauptverdächtigen Carsten L. dazu gebracht worden sein sollen, ihn in unterschiedlicher Weise zu unterstützen. DPA

### KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

## Bund möchte Folgen von Chat-GPT auf Bildung prüfen

**Berlin.** Der Bundestag lässt die möglichen Auswirkungen des Text-Roboters Chat-GPT auf Bildung und Forschung untersuchen. Der zuständige Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat dazu eine Studie in Auftrag gegeben, wie das Parlament am Freitag mitteilte. Experten für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Karlsruher Instituts für Technologie sollen sich demnach in den kommenden Wochen mit dem Thema beschäftigen. Untersucht werden sollen Entwicklungstrends, mögliche Anwendungsszenarien und Auswirkungen der Nutzung von Chat-GPT und ähnlichen Systemen in den verschiedenen Bereichen des Bildungs- und Wissenschaftssystems, wie es hieß. „Wir brauchen einen umfassenden Überblick über die technischen, ethischen und sozialen Auswirkungen“, sagte der Ausschussvorsitzende Kai Gehring (Grüne). DPA

# Jeder Zehnte würde zur Waffe greifen

Eine Umfrage zeigt, dass die Bereitschaft zum Kriegsdienst in der Bevölkerung nicht hoch ist

VON ANNE-BEATRICE CLASSMANN

**Berlin.** Im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland wäre laut einer Umfrage gut jeder zehnte Bundesbürger darauf eingestellt, sein Land mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Freiwillig würden sich in so einem Fall allerdings lediglich fünf Prozent der Deutschen zum Kriegsdienst melden, wie die Ergebnisse einer aktuellen repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov zeigen. Weitere sechs Prozent der Erwachsenen erwarten, dass sie im Kriegsfall einberufen und gegebenenfalls für die Verteidigung Deutschlands ausgebildet würden.

Jeder Dritte (33 Prozent) würde laut Umfrage versuchen, sein gewohntes Leben so weit wie möglich weiter zu führen. Fast jeder vierte Deutsche (24 Prozent) würde im Kriegsfall so schnell wie möglich das Land verlassen. Die Frage, die 2000 wahlberechtigten Erwachsenen von den Meinungsforschern vorgelegt wurde, lautete: „Einmal angenommen, es würde sich ein militärischer Angriff auf Deutschland abzeichnen, vergleichbar mit dem im Februar 2022 begonnenen russischen Angriff auf die Ukraine. Was glauben Sie, würden Sie persönlich in einer solchen Situation am ehesten tun?“

Gut jeder Zehnte (elf Prozent) gab an, er würde sich freiwillig melden, anderweitig als im Kriegsdienst zu helfen. Vier Prozent der Teilnehmer schlugen andere Handlungsmöglichkeiten vor. 18 Prozent der Bürgerinnen und Bürger hatten zu der Fragestellung entweder keine Meinung oder machten aus anderen Gründen keine Angaben.

### Ältere und Männer wollen kämpfen

Für die Option, das eigene Land im Kriegsfall zu verlassen, entschieden sich etwas mehr junge Menschen als Ältere. Die Bereitschaft, mitzuhelfen, wenn auch nicht mit der Waffe in der Hand, ist laut Umfrage bei den über 60-Jährigen, für die ein Kampfeinsatz teils aus gesundheitlichen Gründen ohnehin nicht infrage käme, stärker ausgeprägt als bei den Jüngeren.

Signifikante Unterschiede zwischen Deutschen in Ost und West stellten die Meinungsforscher nicht fest. Männer und Menschen, die angaben, bei der Bundestagswahl 2021 die Grünen gewählt zu haben, waren etwas stärker geneigt, sich bei dem genannten Angriffsszenario freiwillig für den Dienst an der Waffe zu melden als Frauen und Anhänger anderer Parteien.

Menschen, die wissen, wie man eine Schusswaffe gebraucht, sind laut Umfrage etwas seltener als der Durchschnitt bereit, Deutschland im Falle eines Angriffskriegs zu verlassen. Die Bereitschaft, sich freiwillig zum Kriegsdienst zu melden, ist bei ihnen auch niedrig, aber immerhin mehr als doppelt so hoch wie bei denjenigen, die nicht schießen können.

Den Umgang mit einer Schusswaffe beherrscht laut Umfrage etwas mehr als jeder fünfte deutsche Staatsbürger: Auf die Frage, ob sie den Umgang mit der Waffe erlernt hätten, beispielsweise im beruflichen Kontext, für die Jagd, als Sportschütze oder während des Wehrdienstes, antworteten 23 Prozent der Teilnehmer mit „Ja“ und 74 Prozent mit „Nein“. Drei Prozent der Befragten machten keine Angaben.

Darüber, ob die seit 2011 ausgesetzte Wehrpflicht – in der einen oder anderen Form – in den kommenden zehn Jahren wieder reakti-



Der Mündungslauf eines Sturmgewehres vom Typ G36 ist bei einem Appell der Bundeswehr auf dem Marktplatz in Storkow zu sehen. Im Falle eines militärischen Angriffs würden sich lediglich fünf Prozent der Freiwilligen zum Kriegsdienst melden, wie die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov zeigen.

FOTO: ARCHIV/DPA

viert wird, sind die Deutschen geteilter Ansicht. Immerhin sind davon, dass es so kommen wird, mehr Menschen überzeugt als vom Gegenteil. 42 Prozent der befragten Wahlberechtigten gehen davon aus, dass der Wehrdienst wieder verpflichtend werden wird. 37 Prozent der Deutschen glauben das nicht. 21 Prozent der Befragten trauten sich kein Urteil zu oder wollten nichts dazu sagen.

### Pistorius verteidigt Wehrpflicht

Der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hatte die Aussetzung der Wehrpflicht durch die schwarz-gelbe Bundesregierung im Jahr 2011 jüngst als Fehler bezeichnet – zugleich aber betont, dieser lasse sich nicht „mal eben so im Handumdrehen“ zurückholen.

Dass die Angst der deutschen Bevölkerung vor einer militärischen Konfrontation seit Februar 2022 deutlich gestiegen ist, verdeutlicht beispielsweise der am Dienstag veröf-

fentlichte „Sicherheitsreport 2023“, den das Meinungsforschungsinstitut Allensbach gemeinsam mit dem Centrum für Strategie und Höhere Führung veröffentlicht hatte. Danach macht der Krieg in der Ukraine 85 Prozent der Menschen hierzulande große Sor-

gen. 63 Prozent der Bevölkerung befürchten inzwischen, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte. Bei der Befragung ein Jahr zuvor hatten noch deutlich weniger Menschen (37 Prozent) diese Sorge geäußert.

### Reservisten und Wehrbeauftragte für Wehrpflicht

Der Reservistenverband der Bundeswehr hält eine Wiedereinführung der Wehrpflicht für unumgänglich. „Wir sind der Meinung, dass Deutschland ohne eine Wehrpflicht, in welcher Form auch immer, nicht verteidigungsfähig ist“, sagte der Präsident des Reservistenverbands, Patrick Sensburg, den Zeitungen der Mediengruppe Bayern. Die Bundeswehr müsse glaubwürdig im Bündnis nach außen zeigen, dass sie abschrecken könne. Dafür brauche es neben einer gut ausgebildeten und ausgestatteten Truppe eine ebenso gut ausgebildete und ausgestattete Reserve. „Reservistinnen und Reservisten rekrutieren sich aber nur in

ausreichendem Maße aus der Wehrpflicht.“ Auch die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl, betonte gegenüber der Mediengruppe Bayern: „Die Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung schließt eine verlässliche, einsatzbereite sowie gut ausgestattete und ausgebildete Reserve mit ein.“

In Deutschland ist die Wehrpflicht seit 2011 ausgesetzt. Auch Högl hatte kürzlich eine Diskussion über eine Einführung einer neuen Art der Wehrpflicht gefordert. Die FDP lehnt den Vorstoß klar ab. „Das wird es mit den Freien Demokraten nicht geben“, sagte Johannes Vogel (FDP) am Mittwoch im Bundestag. DPA

# Bundestag billigt raschere Gerichtsverfahren

Die CDU kritisiert das neue Gesetz zur Beschleunigung von Infrastrukturprojekten als „Mini-Reförmchen“

VON JULIAN WEBER

**Berlin.** Windräder, Stromleitungen, Schienen: Gerichte sollen künftig über wichtige Ausbauprojekte für erneuerbare Energien und andere große Infrastrukturvorhaben schneller entscheiden. Das hat der Bundestag am Freitag beschlossen. Ziel der Reform der Ampel-Koalition ist, bei als besonders bedeutsam eingestuften Projekten die Verfahren vor den Verwaltungsgerichten zu verkürzen. Zu diesen Vorhaben zählen unter anderem der Ausbau des Schienennetzes sowie von Windenergie-Anlagen, Fernstraßen, größeren Gasversorgungsleitungen und Hochspannungsleitungen.

Das Gesetz sieht beispielsweise die Bildung spezialisierter Kammern oder Senate für Planungsrecht sowie Fristen vor, damit sich Verfahren zu solchen Großprojekten nicht mehr jahrelang hinziehen. Das Personal an den Gerichten soll zudem entlastet werden: In bestimmten Fällen können künftig einzelne Richter oder kleinere Kammern Verwaltungsaktes außer Acht lassen können, wenn offensichtlich ist, dass dieser bald behoben sein wird.

Der Grünen-Abgeordnete Lukas Benner

sagte, das neue Gesetz habe drei Säulen: „Mehr Flexibilität für Gerichte, Arbeits erleichterung und straffere Verfahren“. Es sei natürlich nicht der große Wurf, der alle Probleme löse. Aber das habe auch niemand behauptet. „Wenn wir es ernst meinen, dann müssen wir jeden einzelnen Stein umdrehen und die Potenziale bergen“, so Benner. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition SPD, Grüne und FDP ange-

nommen. Die Linksfraktion stimmte ebenfalls zu. Die Abgeordneten von Union und AfD votierten dagegen.

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) begrüßte die Entscheidung: „Wir dürfen beim Schnellerwerden keine Zeit verlieren“, erklärte er. Das neue Gesetz sei ein erster guter Baustein auf dem Weg, Verfahren zu beschleunigen, und leiste einen Beitrag zur schnelleren Modernisierung des Landes.

Betrifft auch Windräder: Künftig sollen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten verkürzt werden.

FOTO: PLEUL/DPA



Scharfe Kritik kam indes von der Opposition. Die Reform sei allenfalls gut gemeint, mit Sicherheit aber schlecht gemacht, sagte der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer. Weil manche Regelungen vollkommen vage seien, befürchte er, dass das Gesetz sogar zu Verzögerungen führen könnte. Susanne Hennig-Wellsow (Linke) hielt die Zielsetzung des Gesetzes für richtig und gut – bemängelte aber, dass die Bundesregierung etwa das Bundesverwaltungsgericht bereits jetzt mit mehr Personal ausstatten könnte. Es werde nichts schneller, wenn man wichtige Stellschrauben vergesse, betonte sie.

Der CDU-Abgeordnete Philipp Amthor kritisierte die Ampel-Regierung für ihr „Mini-Reförmchen“. Das Etikett einer Planungsbeschleunigung habe das Vorhaben nicht verdient. Wie mehrere seiner Vorredner sah er mehr Potenzial für Beschleunigung im Planungsverfahren – also im Stadium vor einer gerichtlichen Auseinandersetzung. „Statt den Stall voller Probleme im Planungsverfahren auszumisten, suchen sie die feine, goldene Nadel im Heuhaufen“, sagte Amthor. Das sei zu wenig.

Innerhalb der Ampel-Koalition gibt es seit längerem Streit über eine mögliche Beschleunigung von Planungsverfahren generell, der bisher ohne Ergebnis blieb.